



28.09.-Safe Abortion Day 2026:

**Die Linke fordert: Weg mit § 218 – Selbstbestimmung ist kein Straftatbestand
Brandenburg braucht sichere, kostenlose und wohnortnahe Schwangerschaftsabbrüche**

Heute ist der Internationale Safe Abortion Day 2026.

Erneut Anlass, um die Abschaffung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschlands zu erneuern. Dies tun heute zahlreiche Initiativen in mehr als 50 Städten Deutschlands. Die Linke ist der Überzeugung: Wer über Schwangerschaftsabbrüche spricht, darf nicht über Moral reden, sondern muss über Selbstbestimmung, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit sprechen. Ein Schwangerschaftsabbruch gehört in die Gesundheitsversorgung und nicht ins Strafgesetzbuch.“ Allein 2025 haben sich in Brandenburg 3.175 Frauen für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden. 96,5 Prozent der Eingriffe erfolgten nach der Beratungsregelung.

Trotzdem behandelt der Staat Schwangerschaftsabbrüche weiterhin grundsätzlich als rechtswidrig und zwingt Frauen zu Beratung, Wartefrist und einer besonderen rechtlichen Konstruktion. Selbst der Landesregierung zufolge müssen Betroffene einen Abbruch nach der Beratungsregelung grundsätzlich selbst bezahlen.

Das ist Bevormundung statt Selbstbestimmung.

Für Brandenburg kommt ein weiteres Problem hinzu: Wir sind ein Flächenland. Wenn gynäkologische Angebote fehlen oder Kliniken ihre Strukturen abbauen, wird aus einem gesetzlichen Anspruch schnell eine praktische Hürde. Schon heute können Wohnort, Einkommen, Mobilität und Wartezeiten darüber entscheiden, wie leicht oder schwer eine Betroffene Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch bekommt.

Dabei ist die Rechtslage eindeutig: Die Länder sind verpflichtet, ein ausreichendes und flächendeckendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen sicherzustellen. Die Brandenburger Landesregierung muss diesem Auftrag endlich politische Priorität geben.

Wir brauchen:

● die Abschaffung des § 218 StGB und die vollständige Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs;

● kostenlose Schwangerschaftsabbrüche als reguläre Leistung

● kostenlose Schwangerschaftsabbrüche als reguläre Leistung der Gesundheitsversorgung;

● ein flächendeckendes Angebot in Brandenburg – auch im ländlichen Raum;

- mehr Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote für Ärztinnen und Ärzte;
- den Schutz von Praxen, Beratungsstellen und Betroffenen vor antifeministischen Einschüchterungen;
- kostenlose Verhütungsmittel und eine umfassende sexuelle Bildung.

Und wir sagen auch klar, wer politisch auf der anderen Seite steht: Die AfD und andere antifeministische Kräfte versuchen, die Selbstbestimmung von Frauen zurückzudrehen. Wer Schwangerschaftsabbrüche kriminalisieren oder erschweren will, greift nicht nur Frauenrechte an. Er greift die soziale und demokratische Selbstbestimmung insgesamt an.

Wir werden nicht zulassen, dass Frauen wieder um ihre körperliche Selbstbestimmung kämpfen müssen.

Der Safe Abortion Day ist deshalb kein Gedenktag, sondern ein Kampftag. Für ein Brandenburg, in dem niemand gezwungen wird, eine ungewollte Schwangerschaft auszutragen.

Für ein Brandenburg, in dem medizinische Versorgung nicht davon abhängt, ob man auf dem Land oder in der Stadt lebt. Und für eine Gesellschaft, in der die Entscheidung über eine Schwangerschaft bei der Person liegt, die schwanger ist. Legal. Sicher. Kostenlos. Wohnortnah. Selbstbestimmt.

Wir fordern:



**Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch –
und rein in die Gesundheitsversorgung.**